

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
06/2016*



Liebe FreundInnen!

Am 15. und 16. Juni gab es im Nationalrat wieder zwei umfangreiche Sitzungen. Die Top-Themen waren diese Mal unter anderem der erste Teil der Bildungsreform, das neue Kindergeldkonto und die Asylpolitik. Außerdem haben wir mit Margit Kraker erstmals eine Frau zur Rechnungshofpräsidentin gewählt.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

PARLAMENTSMAIL



Top Themen

FPÖ – Kern und Schieder warnen vor "Gewalt der Worte"

Eine Debatte zum Thema Asyl nutzten **Bundeskanzler Christian Kern** und Klubobmann **Andreas Schieder** für scharfe Kritik an der **oft hetzerischen Sprache der FPÖ**: "Gewalt der Worte kann sich sehr rasch in eine Gewalt der Taten entladen", warnte der Kanzler. In dieser Diskussion sei es oft "ein denkbar kurzer Weg von der Gewalt der Worte zu brennenden Flüchtlingsheimen".

Und in Richtung FP-Chef Strache: "Die Geister, die Sie rufen, werden auch Sie nicht rasch los werden." Kern spielte damit auch auf **zu Gewalt aufrufenden oder rechtsextremen Postings auf Straches Facebook-Seite an**. Zuletzt hatte ein Strache-Fan dem Bundeskanzler sogar mit einer "schnellen Kugel" und "9 mm" gedroht. Und unter den Identitären, die letzte Woche die Uni Klagenfurt gestürmt hatten, befand sich ein FPÖ-Funktionär.

SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder zur FPÖ: "Wenn Sie immer nach Ordnung rufen, fangen Sie erstmal in Ihren Reihen an!"



Klubobmann Andreas Schieder: FPÖ soll sich um Identitäre und radikale Sprache auf FPÖ-Facebook kümmern!



Bundeskanzler Christian Kern: "Die Gewalt der Worte kann sich sehr rasch in eine Gewalt der Taten entladen"

Neue Rechnungshof-Präsidentin Kraker – Für SPÖ "nicht erste Wahl, aber zu 100 Prozent geeignet"

Margit Kraker, Direktorin des steirischen Landesrechnungshofes, ist vom Nationalrat zur neuen Präsidentin des Rechnungshofes gewählt worden. Sie löst damit Josef Moser ab, dessen Amtsperiode am 1. Juli endet. Im KandidatInnen-Hearing zur Wahl hatte sich Sektionschef Gerhard Steger für die SPÖ und drei andere Fraktionen als bestqualifiziert erwiesen. Da Steger aber im Ausschuss keine Mehrheit fand, nominierten die SPÖ-Abgeordneten gemeinsam mit der ÖVP die VP-Kandidatin Margit Kraker, die ebenfalls für das Amt "zu 100 Prozent geeignet ist", wie **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** betonte.

Er begrüßt es, dass erstmals ein Hearing stattgefunden hat. Der Wermutstropfen sei jedoch, dass am Ende des Hearings nicht der beste Kandidat gewählt wurde. "**Letztlich haben politische Überlegungen bei manchen Fraktionen dann doch die entscheidende Rolle gespielt**", so Schieder vor allem in Richtung ÖVP. Auch **SPÖ-Rechnungshofsprecher Elmar Mayer** kritisiert FPÖ und ÖVP, die die Unterstützung von Steger trotz überragenden Hearings verweigert hatten. Mayer hofft, dass Kraker wie ihre Vorgänger "über ihren Schatten springen und das **Amt auch unabhängig und parteiübergreifend führen** kann" und sichert ihr hierbei volle Unterstützung zu.

Erster Teil der Bildungsreform: Schulautonomie & Sprachförderung

Die Bildungsreform ist auf Schiene! Mit dem Schulrechtspaket wurde diese Woche der erste – schulrechtliche – Teil der Bildungsreform vom Nationalrat beschlossen. Es bringt wesentliche Fortschritte bei der Schulautonomie sowie spürbare Verbesserungen bei der Sprachförderung und beim Schuleintritt. Ziel ist, die individuelle Förderung der Kinder zu verbessern.

Bildungsreform Teil 1



Sprachstartgruppen für Integration

Sprachförderung auch in der Oberstufe



Leistungsbeurteilung: Volksschulen entscheiden autonom

Besserer Übergang vom Kindergarten in die Volksschule

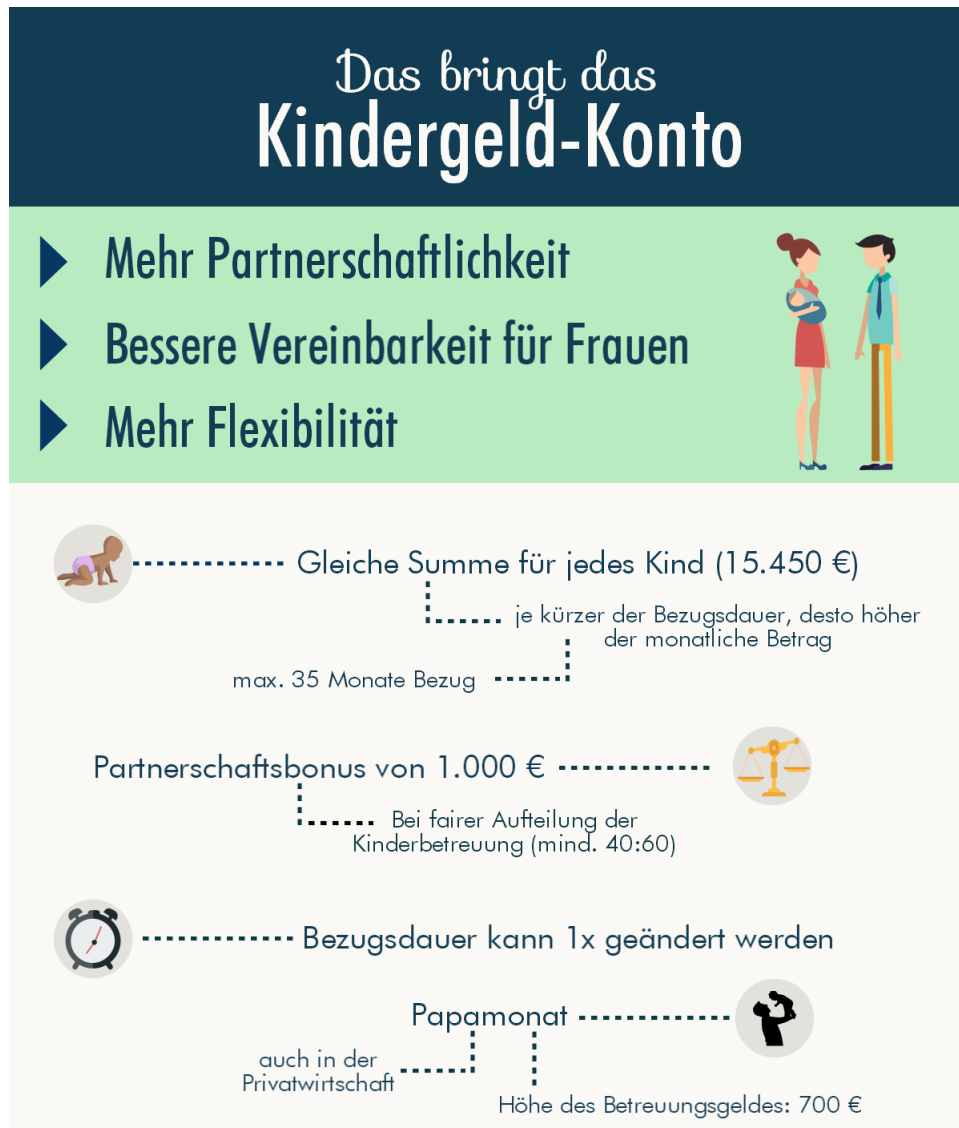


Schulen entscheiden über jahrgangsübergreifende Klassen

- **SchülerInneneinschreibung NEU:** Förder- und Entwicklungsdaten aus dem Kindergarten werden im Zuge der SchülerInneneinschreibung in die Volksschule mitgenommen. Damit sollen die Kinder von Beginn an individuell optimal gefördert werden.
- **Alternative Leistungsbeschreibung:** Künftig können die Schulen autonom entscheiden, welche Form der Leistungsbeurteilung sie wählen wollen. Jede Schule entscheidet schulparterschaftlich, ob für einzelne Klassen oder die ganze Schule bis zur 3. Schulstufe **alternative Leistungsbeschreibungen statt klassischer Ziffernnoten** gelten sollen. Außerdem können die Schulen autonom entscheiden, ob sie Klassen jahrgangsübergreifend führen.
- **Sprachförderung** gab es bisher nur bis zur 8.Schulstufe. Künftig sollen auch SchülerInnen der Oberstufe, die als "QuereinsteigerInnen" Sprachförderung benötigen, diese erhalten; ebenso BerufsschülerInnen.
- Das Schulrechtspaket bringt außerdem die neuen **Sprachstartgruppen:** Bei Bedarf sollen SchülerInnen vor dem vollständigen Eintritt in den Regelunterricht in diesen Gruppen intensiven Deutschunterricht bekommen. Damit soll sichergestellt sein, dass alle SchülerInnen von Beginn an dem Unterricht folgen können, niemand zurückbleibt, aber es trotzdem eine Anbindung an die Stammklasse gibt.
- Außerdem bringt der erste Teil der Bildungsreform mehr **Flexibilität für die Länder** bei den Schulsprengeln, eine neue Ausbildungsform für ErzieherInnen und LernhelferInnen bei ganztägigen Schulen sowie die Neue Oberstufe, die Schulen um ein oder zwei Jahre auch verschieben können.

Kindergeldkonto – Mehr Flexibilität für Eltern, mehr Partnerschaftlichkeit

Das neue Kindergeldkonto bringt mehr Flexibilität und Partnerschaftlichkeit für Eltern. Der SPÖ geht es immer auch um eine höhere Väterbeteiligung. Diese soll durch den Partnerschaftsbonus beim Kindergeld und den Papa-Monat für die Privatwirtschaft erreicht werden.



- Ab 1. März 2017 gilt das neue Kindergeld-Konto: Das einkommensabhängige Modell bleibt zwar bestehen, die vier Pauschal-Varianten verschmelzen aber zu einem **flexibleren Konto**: Die Bezugsdauer kann flexibel zwischen rund 12 und 28 Monaten für einen Elternteil bzw. zwischen rund 15 und 35 Monaten für beide Elternteile gewählt werden. Unabhängig von der Bezugsdauer erhalten Eltern eine Gesamtsumme von maximal 15.450 Euro. Dazu kommen noch 1.000 Euro (je 500 Euro) Partnerschaftsbonus, wenn man sich die Be-

treuung zumindest 60:40 aufteilt, und zwar auch beim einkommensabhängigen Kindergeld.

- Außerdem bringt die Reform die "Familienzeit", d.h. eine **Ausweitung des sogenannten "Papa-Monats" auf die Privatwirtschaft**. Für dieses Monat gibt es 700 Euro.

Beim Papa-Monat gibt es derzeit noch keinen Rechtsanspruch oder speziellen Kündigungsschutz – das war leider mit der ÖVP nicht zu machen. Allerdings gilt natürlich auch beim Papa-Monat der allgemeine Kündigungsschutz aus dem Gleichbehandlungsrecht.

Alle Beschlüsse und Berichte

NR-Sitzung vom 15. Juni 2016

Studienförderung – Verbesserungen für Studierende [\(1153 d.B.\)](#)

Verbesserung bei Stipendien bringt eine Novelle des Studienförderungsgesetzes: Studienbeihilfe-EmpfängerInnen über 27 Jahren erhalten künftig einen jährlichen Zuschlag zur Studienbeihilfe in der Höhe von 360 Euro, wovon rund 10.000 Personen profitieren. Verbesserungen gibt es auch bei Studienabschluss-Stipendien und bei der Berechnung der Wegzeiten; außerdem kommt es zur Anrechenbarkeit von sozialem Engagement bei Selbsterhalterstipendien.

Tourismus – neuer Rekord bei Nächtigungen [\(1179 d.B.\)](#)

Erfreuliche Zahlen bringt der Tourismusmusbericht 2015: Trotz lauer Konjunktur verzeichnete der heimische Tourismus auch 2015 mit 135,2 Mio. Nächtigungen und einem Umsatz von 38,4 Mrd. Euro bei ausländischen TouristInnen neue Rekorde. Auch der österreichische Anteil am europäischen Tourismusmarkt und die Zahl der Beschäftigten im Tourismus stieg, und zwar um 2,6 Prozent auf 202.943 Menschen, 58 Prozent davon Frauen. 7 Prozent des heimischen BIP gehen dzt. auf touristische Nachfrageeffekte zurück.

Jugendliche: Spitze bei niedriger Arbeitslosigkeit [\(1172 d.B.\)](#)

Mit der zweitniedrigsten Jugendarbeitslosigkeit in Europa hat Österreich weiter einen Spitzenplatz im EU-Vergleich, zeigt der Bericht zur Jugendbeschäftigung

2014/2015. Grund ist u.a. das gute System der dualen Ausbildung in Österreich. Als Herausforderungen für die Politik nennt der Bericht die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie die mangelnde Attraktivität von Lehrberufen und der daraus resultierende Fachkräftemangel.

Vermessungsgesetz: Grenzstreitigkeiten sollen schneller gelöst werden ([1173 d.B.](#))

Ziel der Novelle des Vermessungsgesetzes ist, die Verfahren im Katasterwesen rascher und unbürokratischer zu machen. Die Festlegung von Grundstücken im Grenzkataster wird vereinfacht, die Rechtssicherheit erhöht.

Familienzeitbonusgesetz – Kindergeldkonto ([1154 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Generation Internet ([1157 d.B.](#))

Im Antrag des Familienausschusses wird Bundesministerin Karmasin aufgefordert, detaillierte Konzepte und einen Fahrplan vorzulegen, um Chancen und Nutzen von Internet und neuen Medien für Kinder und Jugendliche in Österreich zu realisieren.

Raschere Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse ([1160 d.B.](#))

Ausländische Bildungsabschlüsse sollen leichter und schneller anerkannt werden, so das Ziel des neuen "Anerkennungs- und Bewertungsgesetzes." Das nützt ÖsterreicherInnen, die im Ausland eine Ausbildung gemacht haben, aber auch MigrantInnen bei der Anerkennung ihrer Qualifikationen. MigrantInnen sollen so besser und schneller in den österreichischen Arbeitsmarkt integriert werden. Erworbene Qualifikationen werden etwa mit einer österreichischen Referenz vergleichbar gemacht, um so den potentiellen ArbeitgeberInnen die Beurteilung der Eignung potentieller ArbeitnehmerInnen zu erleichtern.

Beitrag für internationale Schulen ([1162 d.B.](#))

Als Amtssitz der UNO und anderer internationaler Organisationen braucht es in Wien auch ein Schulsystem für Kinder internationaler Bediensteter. Das Abkommen regelt die weitere Unterstützung der Vienna International School durch den Bund.

Abkommen mit der Mongolei ([1161 d.B.](#))

Der Nationalrat ratifizierte ein Abkommen zwischen der Republik und der Mongolei im Zeichen der Partnerschaft und der Zusammenarbeit; es enthält auch rechtliche Verpflichtungen der Mongolei in den Bereichen Menschenrechte und Terrorismus-Bekämpfung.

Einspruch gegen Urkunden-Abkommen mit der Republik Kosovo ([1163 d.B.](#))

Durch einen Einspruch Österreichs gegen den Beitritt der Republik Kosovo zum Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung soll verhindert werden, dass kosovarische Urkunden ohne weitere Kontrolle hinsichtlich der Echtheit und Richtigkeit in Verfahren vor Inlandsbehörden als Beweismittel zugelassen werden.

Bedeutung der Vereinten Nationen ([1164 d.B.](#))

Ein gemeinsamer Antrag von SPÖ, ÖVP, Grünen und Neos fordert die Regierung auf, die Arbeit der Vereinten Nationen als zentrales Element der österreichischen Außenpolitik aktiv zu unterstützen und Österreich weiterhin als Ort des internationalen Dialogs zu positionieren und u.a. auch den Einsatz österreichischer Blauhelme aufrecht zu erhalten. Der Antrag wurde anlässlich des Besuchs von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon im Parlament eingebracht.

Todesstrafe weltweit abschaffen ([1166 d.B.](#))

Der Antrag von SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grünen und Team Stronach fordert nachdrücklich die aktive Mitwirkung Österreichs bei der weltweiten Abschaffung der Todesstrafe.

Friedensprozess in der Ukraine ([1165 d.B.](#))

In diesem Entschließungsantrag zur Stärkung des Friedensprozesses in der Ukraine werden die Bundesregierung und insbesondere der Außenminister aufgefordert, sich für die vollständige Umsetzung der Abkommen von Minsk einzusetzen. Die Kompetenzen der OSZE sollen gestärkt werden, um effektiver zur Förderung von Stabilität und Sicherheit beitragen zu können. Der Außenminister wird weiters ersucht, sich in

der EU für die Weiterentwicklung der Idee einer gemeinsamen Freihandelszone der EU mit Russland bzw. der Eurasischen Wirtschaftsunion einzusetzen.

NR-Sitzung vom 20. November 2015

Sabine Oberhauser wird Frauenministerin ([1183 d.B.](#))

Mit einer Novelle des Bundesministeriengesetzes wandern die Angelegenheiten der Frauen- und Gleichstellungspolitik vom Bildungsministerium ins Ressort von Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser. Schon bisher als Ministerin als auch früher als ÖGB-Frauenvorsitzende hat Sabine Oberhauser bewiesen, dass Gleichstellungsfragen für sie zentral sind.

Handysignatur – Vertragsabwicklung wird unbürokratischer ([1184 d.B.](#))

Mit einem neuen Gesetz über elektronische Signaturen und Vertrauensdienste wird die Abwicklung von Rechtsgeschäften modernisiert und bürokratisch erleichtert. Das Gesetz verankert die elektronische Handysignatur als gleichwertig zur eigenhändigen Unterschrift. Ausgenommen von der elektronischen Signatur sind letztwillige Verfügungen. Unternehmen können außerdem die elektronische Signatur nicht mehr in versteckten Klauseln in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen ausschließen – das stärkt die Rechte von KonsumentInnen. Österreich bleibt damit ein Vorreiter im e-government-Bereich. Rund 660.000 Menschen in Österreich nutzen bereits die Handy-Signatur, Tendenz stark steigend.

Rechnungshof-Bericht zu Finanzausgleich ([1159 d.B.](#))

Ein Sammelbericht des Rechnungshofes beschäftigt sich mit den Finanzströmen zwischen Bund und Ländern. Die Aufteilung der Gelder an die Gemeinde erfolgte auf der Grundlage des abgestuften Bevölkerungsschlüssels und zusätzlichen Aufteilungskriterien. Der Rechnungshof kritisierte, dass diese Kriterien oft aktuelle Entwicklungen nicht berücksichtigt. Die hochkomplexe Berechnung der Gemeindeertragsanteile machte die Zuteilung der Gemeindeertragsanteile durch die Länder nicht nur fehleranfällig, sondern auch intransparent und für einzelne Gemeinden schwer nachvollziehbar, bemängelt der Rechnungshof.

Wahl der Rechnungshofpräsidentin ([1182 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Schulrechtsänderungsgesetz 2016 ([1167 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Neue Landwirtschaftsschule in Tirol ([1168 d.B.](#))

Mit diesem Antrag wurde die Errichtung der Höheren Bundeslehr- und Forschungsanstalt für Landwirtschaft und Ernährung sowie Lebensmittel- und Biotechnologie in Rotholz (Tirol) beschlossen.

Feststellung der Schulpflicht bei "Frühchen" ([1169 d.B.](#))

Es soll geprüft werden, ob eine Gesetzesänderung sinnvoll ist, damit Eltern von sehr früh geborenen Kindern die Wahlfreiheit haben: Wird die Schulpflicht nach dem tatsächlichen oder dem berechneten Geburtsdatum laut Mutter-Kind-Pass berechnet?

Einbindung der Volksgruppen in Verhandlungen zur Bildungsreform ([1170 d.B.](#))

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Einbindung der Volksgruppen-VertreterInnen in die Bildungsreformgespräche weiterhin sicherzustellen und möglichst auch Besonderheiten des Minderheitenschulwesens dabei mit zu berücksichtigen.

Einbindung der SchulpartnerInnen in Entscheidungsprozesse im Bildungsbereich ([1171 d.B.](#))

Die Bildungsministerin soll alle erforderlichen Schritte einleiten, um die jeweils geeignete Beratung und Einbindung von Eltern, Schüler/innen und Lehrer/innen in jeweils zu definierenden Themenbereichen auf Schul-, Landes- oder Bundesebene zu ermöglichen und erforderlichenfalls gesetzlich zu verankern.

Weitere Themen

ORF-Wahl – Kern offen für Diskussion um Hearing

Öffentliche Hearings bei der Wahl des ORF-Generaldirektors sowie bei der Besetzung des Verfassungsgerichtshofs forderten die Neos in einer dringlichen Anfrage an den Bundeskanzler. Christian Kern zeigte sich in der Debatte dem Vorschlag gegenüber aufgeschlossen. Auch SPÖ-Mediensprecher Josef Cap steht dem positiv gegenüber: "Es wird selbstverständlich volle Transparenz geben!" Nach einer europaweiten Ausschreibung der Stelle wird der Stiftungsrat unter voller Sorgfaltspflicht und Verantwortlichkeit seine unabhängige Entscheidung fällen. Cap nahm die Debatte auch zum Anlass für Lob für den ORF: Trotz Wirtschaftskrise ist der ORF ein erfolgreiches Unternehmen – das zeigen beispielhaft internationale Auszeichnungen wie Oscars oder die erfolgreiche Songcontest-Übertragung.

Rede vom 15. Juni 2016 zum Rahmenabkommen der EU mit der Mongolei

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Herr Außenminister! Meine Damen und Herren! Durch das Rahmenabkommen mit der Mongolei vertiefen wir unsere Beziehungen zu einem wichtigen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Partner in Ostasien, der lange von der EU vernachlässigt wurde.

Ich hatte letzten September die Möglichkeit, mehrere Tage in Ulan-Bator zu sein, um dort an der Herbsttagung der OSZE teilzunehmen. Ich habe ein Land kennengelernt, das in den letzten 25 Jahren eine für die Region beispiellose demokratische Entwicklung geschafft hat, aus eigener Überzeugung und aus eigener Kraft, ganz ohne Begleitung und Unterstützung durch die EU, durch die OSZE oder durch den Europarat.

Auch bei den Menschenrechten teilt die Mongolei unsere Werte und hat bereits einen guten Stand erreicht. Erst im letzten Dezember hat das mongolische Parlament die Todesstrafe endgültig abgeschafft. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind aber noch sehr jung. Daher gibt es in der Mongolei großes Interesse an den Erfahrungen, die wir in der EU bei der Unterstützung und Stärkung der Institutionen der jungen Demokratien gemacht haben. Und gerade dafür würde das neue Abkommen eine gute Unterlage und eine gute Grundlage schaffen, denn neben den wirtschaftlichen Beziehungen sieht das Abkommen ja gerade bei der nachhaltigen Entwicklung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Sicherheit eine stärkere Zusammenarbeit vor.

Unsere Sicherheitspolitik ist ein weiterer Bereich, worin die Mongolei ein wichtiger Partner ist. Auch hier teilen wir – die Mongolei mit Österreich – gemeinsame Ideen und Vorstellungen. Die Mongolei baut wie wir auf Dialog und friedliche Kooperation, um gemeinsame Sicherheit umzusetzen. Außerhalb der OSZE initiiert sie daher beispielsweise den Ulan-Bator-Dialog, mit dem sie unterschiedliche Akteure aus Nord- und Südkorea, Japan, Russland, China zum Austausch an einen Tisch bringt. Außerdem ist die Mongolei sehr aktiv in Fragen der nuklearen Abrüstung und der Nichtverbreitung nuklearer Waffen und hat ihr Staatsgebiet bereits im Jahr 2000 zur atomwaffenfreien Zone erklärt.

Ich bin daher sicher, dass dieses Rahmenabkommen für beide Seiten sehr positiv ist und eine gute Basis für eine wichtige gemeinsame gesellschafts- und sicherheitspolitische Weiterentwicklung und für Projekte in diesem Bereich bildet. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ sowie des Abg. Ertltschweiger.)*

Rede vom 15. Juni 2016 zum Entschließung betreffend Stärkung des Friedensprozesses in der Ukraine

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Außenminister! Meine Damen und Herren! Das Minsker Abkommen ist mittlerweile 16 Monate alt und der Erfolg, so wie wir gehört haben, ist durchaus durchwachsen. Eine weitere Eskalation ist verhindert worden, aber es sterben noch immer Menschen. Von einer Lösung sind wir sehr weit entfernt. Auch sind die meisten Vereinbarungen von Minsk bis heute nicht umgesetzt worden. Die Lage ist also sehr fragil, der Konflikt kann jederzeit wieder eskalieren – sehr zum Schaden der Menschen in der Ukraine, aber auch der Menschen in ganz Europa.

Dabei bereitet nicht nur die Lage im Osten Sorge, sondern auch die Situation in der restlichen Ukraine, die mit ihren dringend notwendigen Reformen in der Wirtschaft und in der Politik nicht vorankommt. Es ist daher sicherlich richtig, die ukrainische Regierung, die Separatisten und Russland zu drängen, endlich bei der Umsetzung des Abkommens voranzukommen und auch so für mehr Stabilität und Sicherheit zu sorgen.

Aber es wäre falsch, den Konflikt auf die Ukraine allein zu reduzieren, hinter dem Konflikt in der Ostukraine steht eine noch viel größere Auseinandersetzung, nämlich jene zwischen russischen und westlichen Sicherheitsinteressen.

Wir brauchen daher auch einen intensiveren sicherheitspolitischen Dialog zwischen den USA, der NATO, der EU und Russland. Da können sowohl die OSZE als auch die EU eine wichtige Rolle spielen. Die OSZE hat in diesem Konflikt ja bislang beweisen können, dass sie innerhalb der Grenzen ihres Mandats schnell und erfolgreich handeln kann. Die Beobachter-Mission der OSZE leistet einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung der Krise, weil sie von allen Konfliktparteien akzeptiert wird und weil sie einstimmig in der OSZE so beschlossen wurde.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE bietet etliche Plattformen an, wo sich die ukrainischen Abgeordneten und die russischen Abgeordneten treffen und lösungsorientiert miteinander kommunizieren können. Das heißt, wir müssen die Arbeit der OSZE weiter stärken und womöglich ausbauen, um mit allen Beteiligten einen grundlegenden Dialog über die Zukunft der gesamteuropäischen Sicherheit zu führen.

Da kann auch die EU, wie gesagt, einen Beitrag leisten, ich denke zum Beispiel an die gemeinsame Freihandelszone, die auch jüngst wieder von der deutschen Bundeskanzlerin angedacht wurde. Das heißt, die alten Muster des Kalten Krieges werden uns nicht weiterbringen, wir brauchen Ideen für eine neue gemeinsame Sicherheitspolitik. Dafür muss sich Österreich in der EU und auch in OSZE einsetzen. – Danke schön. (Beifall bei der SPÖ sowie der Abg. Aubauer.)

Präsidentin Doris Bures: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht die Frau Berichterstatterin ein Schlusswort? – Das ist nicht der Fall. Wir gelangen jetzt zur Abstimmung über die dem Ausschussbericht 1165 der Beilagen angeschlossene Entschließung betreffend Stärkung des Friedensprozesses in der Ukraine.

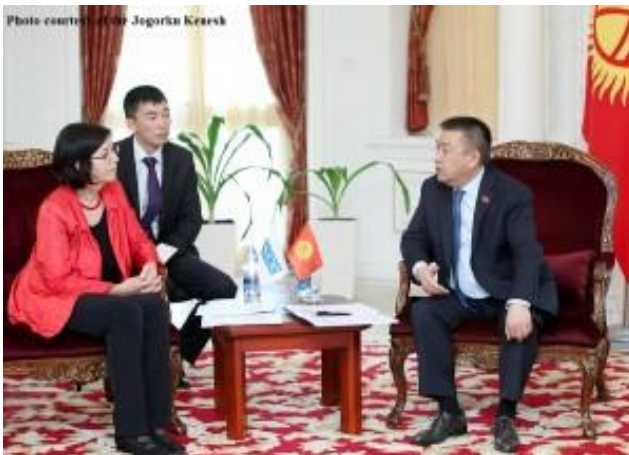
Ich bitte jene Damen und Herren, die sich dafür aussprechen, um ein Zeichen. – Das ist einstimmig angenommen. Die Tagesordnung ist erschöpft.

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[At start of Central Asia visit, Special Representative Muttonen calls for unity in struggle against violent extremism \(31. Mai 2016\)](#)

[OSCE Parliamentary Assembly Special Representative Christine Muttonen holds high-level meetings in Kyrgyzstan, delivers speech at OSCE Academy on conflict prevention \(03. Juni 2016\)](#)

Aussprachen mit kasachischen und kirgisischen Spitzenpolitikern



1: Gespräch mit dem Präsidenten des kirgisischen Parlaments Chynybay Tursunbekov

Wie können wir internationalen Extremismus und Terrorismus wirksam bekämpfen? Wie können wir eine stabile und sichere Entwicklung in Zentralasien unterstützen? Wie drohende Krisen und Konflikte dort vorab verhindern und Flucht- und Migrationsursachen rechtzeitig entgegenwirken?

Diese und andere für Österreich und Europa wichtigen sicherheitspolitischen Fragen habe ich bei einem Besuch in Kasachstan und Kirgisistan mit dem kasachischen Außen-

minister und weiteren hohen politischen Vertretern beider Länder diskutiert. Die Treffen fanden im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa statt, deren Sonderbeauftragte für Zentral- und Ostasien ich seit Januar bin.

In der kasachischen Hauptstadt Astana habe ich zudem an dem vom kasachischen Parlament organisierten internationalen Kongress der Weltreligionen zur Terrorismusbekämpfung teilgenommen. In Bischkek, der Hauptstadt Kirgistans bin ich außerdem mit den Nachwuchspolitikern der Region zusammengekommen, um mit ihnen über die Zukunft unserer gemeinsamen Sicherheitspolitik zu reden. Meine Redebeiträge auf diesen Veranstaltungen könnt ihr –leider nur in englischer Sprache – [hier](#) und [hier](#) nachlesen.



2: Diskussion mit Nachwuchspolitikern in der OSZE-Akademie in Bischkek

Kasachstan und Kirgistan sind aber nicht nur für unsere Sicherheit, den Kampf gegen internationale Verbrecherbanden und Terroristen wichtige Partner. Sie sind auch aus wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Sicht interessant. Kurz vor meinem Besuch in Bischkek war beispielsweise eine 40-köpfige Delegation des US-Senats dort gewesen, um die wirtschaftlichen und politischen Verbindungen zu intensivieren. Auch für Österreich sind gute Kontakte in die Region wichtig. Österreich bezieht nicht nur den weitaus größten Teil seines Ölbedarfs aus Kasachstan, im



3: Mit der OSZE-Delegation im kasachischen Parlament

Gezug verkaufen unsere Unternehmen dort Maschinen, Fahrzeuge und chemische Produkte. Außerdem beginnt Kasachstan gerade verstärkt in den Bereich der erneuerbaren Energien einzusteigen – auch hier ergeben sich viele interessante Möglichkeiten für unsere Wirtschaft. Ich habe meine Besuche daher selbstverständlich auch genutzt, um für Kärntens Firmen, Universitäten und Kulturschaffende zu werben und neue Kontakte anzubahnen.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at